



## Auftrag und Verantwortung für weitere vier Jahre

Landesweit eindeutiges Votum der Kolleginnen und Kollegen – aber Wahlbeteiligung völlig unzureichend



Jörg  
Bruchmüller

**Die GdP hat von Euch den eindeutigen Auftrag erhalten, wieder Verantwortung zu übernehmen. Ausnahmslos! Bei allen Personalbewirtschaftern verfügt die GdP über absolute Mehrheiten, wie es die nachstehenden Grafiken deutlich machen.**

Dieser überwältigende Erfolg ist kein Selbstläufer. In schwierigen Zeiten, in denen politisch Verantwortliche den öffentlichen Dienst und gleichermaßen unsere Polizei als Sparschwein des Landes benutzt haben, um öffentliche Haushalte zu sanieren, war die GdP stets zur Stelle, um den Unmut der Polizeibesetzten zu transportieren und öffentlich zu machen.

Erinnert sei an die Postkartenaktion mit über 40 000 Unterschriften, die zahlreichen begleitenden GdP-Protestaktionen in den Regionen und das Anprangern der Personalvermittlungsstelle, die bei Licht betrachtet als Personalvernichtungsstelle die Motivation bei allen Beschäftigten zu nichte gemacht hat. In vielen Gesprächen mit Landtagsabgeordneten haben wir als GdP auf diesen Irrsinn hingewiesen.

- **Wo waren eigentlich die anderen Berufsvertretungen in den letzten Jahren?**
- **Wo waren sie, als im größtmöglichen Wahlkampfgetöse Polizeipräsidenten mit gemeinsamen Erklärungen gegen die GdP Front machten?**
- **Wo waren sie, als es darum ging, Besoldungs- und Tarifdiktate nach Gutsherrenart zu verhindern?**
- **Wo waren sie, als es notwendig war, sich gegen die massiven Schlechterstellungen im Personalvertretungsgesetz zu wehren?**
- **Und wo waren sie, als es darum ging, unsere Kolleginnen und Kollegen in Großeinsätzen, auch außerhalb Hessens, zu begleiten?**

Diese Fragen sind auch vor dem Hintergrund berechtigt, dass nur knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen zur Wahl gegangen sind. Zweifelsfrei eine ganz bittere Pille!

Ich will und werde mich nicht damit abfinden, dass man als Erklärungsansatz das berühmte „Spiegelbild unserer Gesellschaft“ herbeizitiert. Ist das so? Sind auch unsere Kolleginnen und Kollegen zunehmend politikverdrossen und wahlmüde? Hat möglicherweise das restriktive Personalvertretungsgesetz dazu beigetragen, dass einige glauben, Personalräte wären per Gesetz zur Bedeutungslosigkeit verdammt und könnten insofern keine konstruktiven Initiativen (wie z. B. Beförderung von Übergeleiteten) mehr starten? Oder ist es schlicht und ergreifend nur die persönliche Enttäuschung einer Einzelmaßnahme, die man als ungerecht empfunden hat und nun die Gewerkschaft oder der Personalrat mittels Nichtwahl abstrafft?

Wesen unserer Demokratie ist es, sich aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Freie Wahlen sind dazu unverzichtbarer Bestandteil. Der Wahlverzicht dokumentiert Desinteresse, Gleichgültigkeit oder Unzufriedenheit. Er beinhaltet nach meiner Auffassung aber auch die Konsequenz, sich mit seiner eigenen Kritik zurückzuhalten.

Es wäre unehrlich, wenn ich diesen Wehmutstropfen der Personalratswahl ausblenden würde.

Überdies gibt es genügend Grund zur Zufriedenheit. Der Hauptpersonalrat, allen voran Henning Möller, hat mit der aktuellen Initiative „Neue Streifenwagen“ bundesweit neue Meilensteine gesetzt. Unsere neue Uniform ist mit breit angelegten Trageversuchen von allen Kolle-

**Wir sagen Dank  
all denjenigen, die zur  
Wahl gegangen sind  
und uns mit ihrer  
Stimme das Vertrauen  
gegeben haben.**

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

ginnen und Kollegen in hohem Maße akzeptiert und hinsichtlich Funktionalität und Variabilität eine deutliche Verbesserung. Ohne das Engagement von Personalvertretern wäre das nicht geschafft worden. Und ganz aktuell die Tarifverhandlungen, diesmal mit Beteiligung der GdP, die unseren Kolleginnen und Kollegen das entgangene Geld des letzten Jahres wiederbeschert.

Ohne gewerkschaftliches und personalrätliches Engagement hätten sich diese Erfolge nicht eingestellt. Diese Bewusstseinslage müssen wir all denjenigen klar machen, die das Feld allein der Politik überlassen wollen. Es gilt der alte Spruch: „**Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat bereits verloren!**“

Daher wird die GdP auch künftig nicht locker lassen und entschlossen für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen eintreten – auch und gerade unter den erschwerten Rahmenbedingungen des hessischen Personalvertretungsgesetzes, dass bei den Flächenpräsidien eine Betreuung der Beschäftigten vor Ort nicht mehr vollumfänglich gewährleistet.

**Die GdP wird die neue Wahlperiode als weitere Chance verstehen, um sich noch klarer zu positionieren und zu profilieren, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen.**

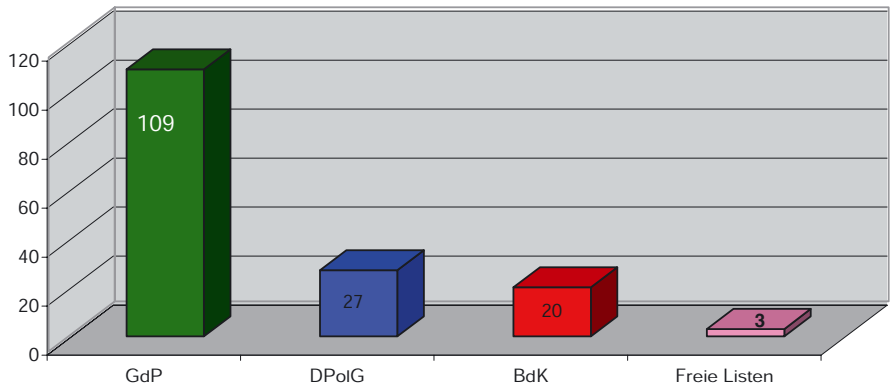
**Dafür brauchen wir allerdings Eure Unterstützung!**

## Unsere GdP-Hauptpersonalratskandidatinnen und -kandidaten

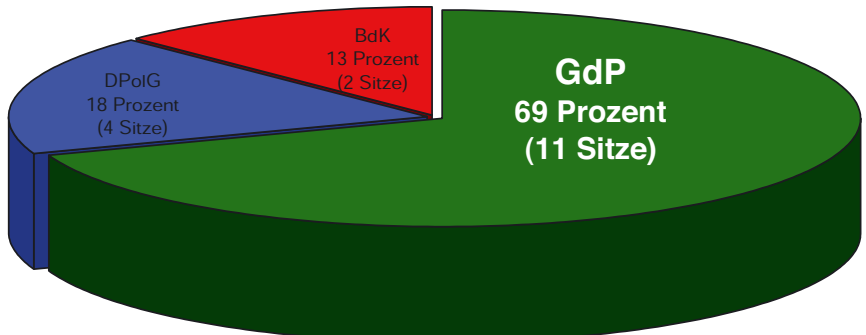


**(Erste Reihe)** Adalbert Steinberg, Sandra Temmen, Jörg Schumacher, Jens Mohrherr, Peter Wittig, Wolfgang Link, Antonio Pedron, **(zweite Reihe)** Bernd Petri, Simone, Heinz Schiskowsky, Ralf Humpf, Michael Schweikert, Lothar Luzius, **(dritte Reihe)** Helmut Maier, Volker Zeidler, Conny Jehnert, Jörg Bruchmüller, Marianne Diefenthäler, Elke Oswald, **(vierte Reihe)** Erika Büttner, Lothar Hölzgen, Tina Loh, Rolf Büttner, Ewald Gerke, Oliver Hoog, **(fünfte Reihe)** Beate Gretzschel, Sibylle Perrot, Marina Kranz-Singer, Henning Möller.

Verteilung aller hessischen Personalratssitze auf die Listen



Sitzverteilung im HPR der Polizei



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Ewald Gerke (Vi.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

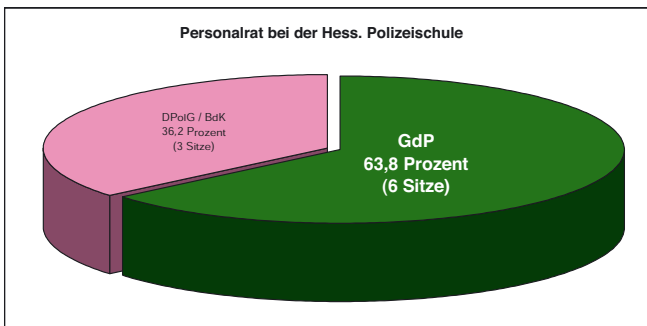
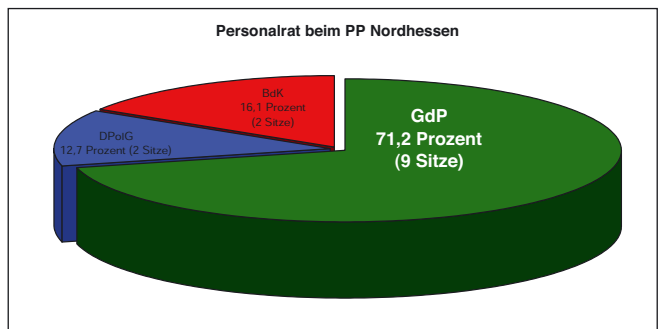
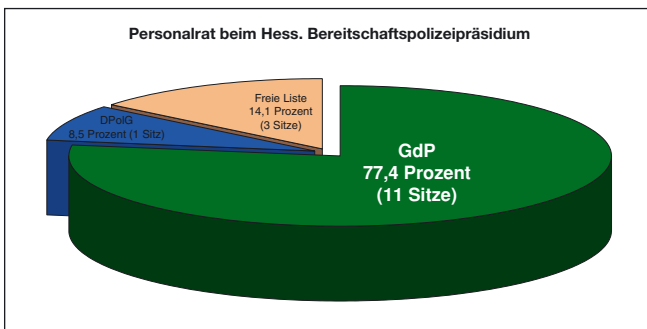
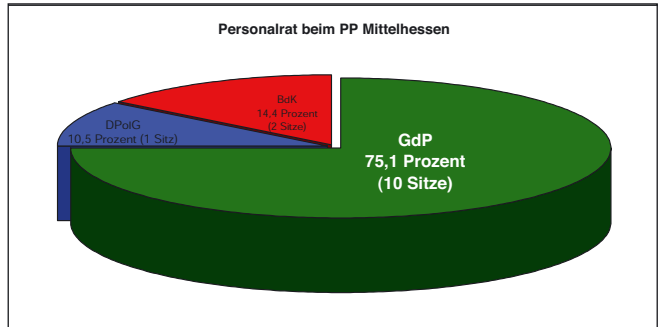
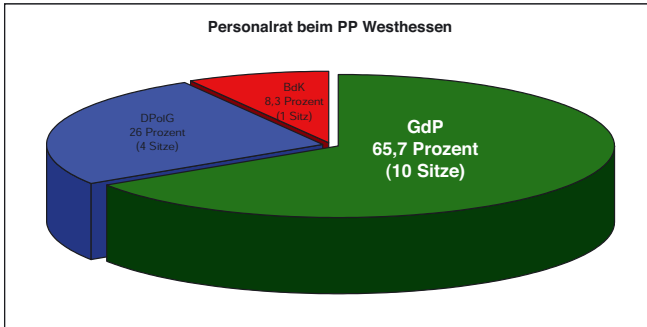
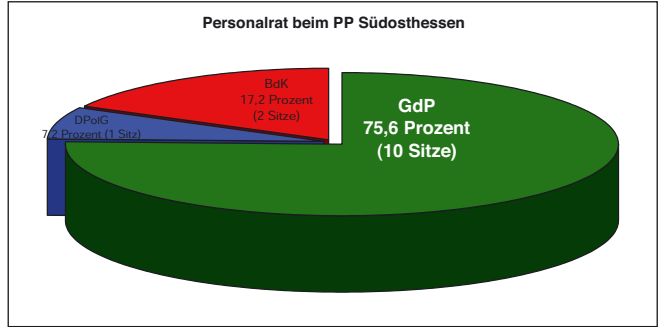
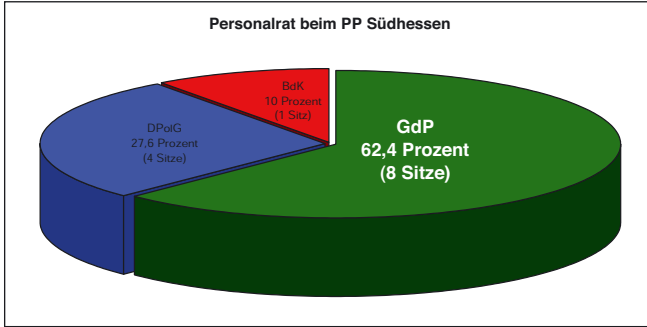
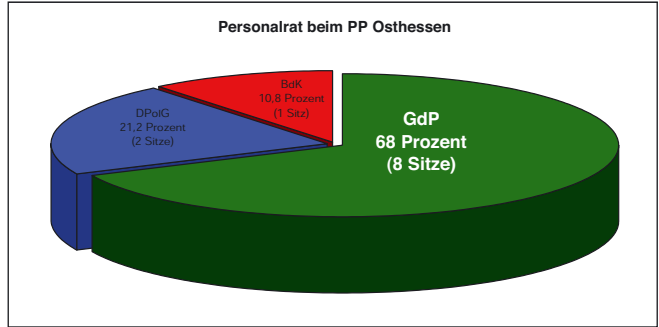
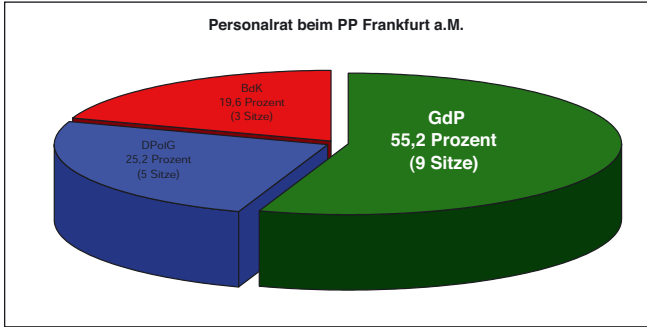
**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hildern  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31  
vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



PERSONALRATSWAHLEN 2008



Anzeige

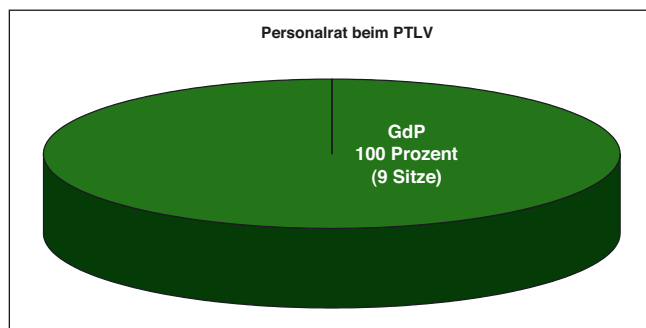
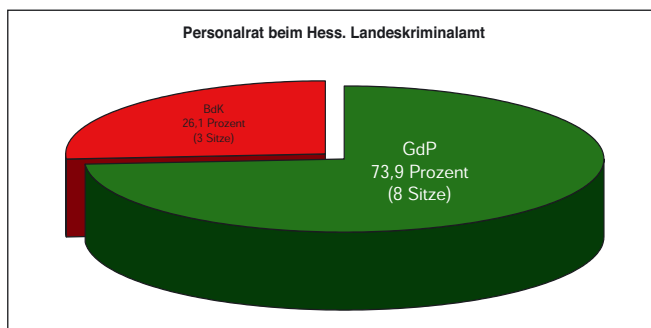
**www.hundebox.de**  
 Werner Tiertransportbehälter  
 Bunsenstraße 19  
 34127 Kassel  
 Telefon: 0561/86 17 453  
 Telefax: 0561/ 86 17 454  
 kontakt@hundebox.de



Hundeschwimmwesten, Hundeschuhe, Hundeböden



PERSONALRATSWAHLEN 2008



**Mit dem jetzigen Tarifabschluss ist der erste Schritt in die Richtung Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) getan. Damit sind die hessischen Tarifbeschäftigten nicht mehr von der Einkommensentwicklung der Beschäftigten in den restlichen Bundesländern abgekoppelt. Überraschend nutzte Innenminister Bouffier die für den 2. Juni 2008 geplanten Sondierungsgespräche für Tarifverhandlungen. Die Aufforderung der Gewerkschaften und der Mehrheit der Abgeordneten des Hessischen Landtags zur Rückkehr in die TdL zeigten Wirkung.**

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftlich positive Haushaltslage, die permanenten Reallohnverluste der Landesbeschäftigten, die drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten und sicher auch beeindruckt durch den Tarifabschluss für Bund und Kommunen wurde mit dem Tarifvertrag „Einkommensverbesserung 2008“ ein erster Schritt unternommen, die hessischen Tarifbeschäftigten nicht mehr schlechterzustellen. Die finanzielle Abkoppelung ist vom Tisch!

Für 2009, wenn es für den TV-L, also für die Bundesländer, die der TdL angehören, Neuverhandlungen gibt, werden wir, falls Hessen nicht wieder der TdL beigetreten ist, parallel verhandeln.

Wie ist es zum überraschenden Abschluss gekommen?

Am 2. Juni 2008 saßen 14 Vertreter/-innen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes der gleichen Anzahl an Behörden-

vertretern (einschließlich Innenminister Bouffier) gegenüber. Dass der Innenminister an den Sondierungsgesprächen teilnehmen würde, wurde erst kurzfristig bekannt. Deshalb lag die Vermutung nahe, dass Innenminister Bouffier unbedingt einen Tarifabschluss erzielen wollte.

Die üblichen Statements der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite machten deutlich, dass der Innenminister einen hessen-spezifischen Tarifvertrag will und die Arbeitnehmerseite den Beitritt zur TdL zum Ziel hat. Trotz der gegensätzlichen Grundforderung wurde den Gewerkschaften folgendes Angebot unterbreitet:

- **Einkommensverbesserung in Höhe von 3 Prozent rückwirkend ab dem 1. Januar 2008 und**
- **die bereits ab April 2008 per Gesetz beschlossene und gezahlte Einkommensverbesserung in Höhe von 2,4 Prozent wird mitverrechnet.**

Die Gewerkschaftsseite forderten darüber hinaus eine zusätzliche Einmalzah-

lung. Dies wurde mit dem Hinweis „warum und für was?“ zunächst zurückgewiesen. Die ebenfalls in den anderen Bundesländern bereits gezahlten Einmalzahlungen waren für den Innenminister kein Argument.

Zum Thema „Arbeitszeit“ wurde seitens der Arbeitgeber die Forderung nach 40 Stunden 10 Minuten für die Tarifbeschäftigten zur Diskussion gestellt. Für die Beschäftigten in den Kommunen und beim Bund wurde einheitlich 39 Stunden vereinbart. Durch diesen gravierenden Unterschied ergab sich für die Gewerkschaften großer Beratungsbedarf. Aufgrund der unterschiedlichen Positionen wurde vereinbart, dass die Arbeitszeit erst bei den nächsten Tarifgesprächen thematisiert werden soll.

Am darauffolgendem Tag wurde in einer kleinen Runde (fünf Arbeitnehmervertreter und fünf Arbeitgebervertreter) der Durchbruch geschafft. Seitens der GdP nahm Erika Büttner an diesen Spitzengesprächen teil.

In einem erarbeiteten Eckpunktepapier wurden die unterschiedlichen Positionen beschrieben. Weiterhin wurde vereinbart, dass in gemeinsamen Arbeitsgruppen zeitnah Entwürfe zur Regelung des Manteltarifrechts, des Übergangsrechts sowie der erforderlichen Tarifverträge beraten werden sollen.



**PERSONALRATSWAHLEN**

Unabhängig davon wurde Einigung über einen Tarifvertrag „Einkommensverbesserung 2008“ erzielt:

- Für die Monate Januar bis März 2008 werden 3 Prozent als Einmalzahlung gezahlt.
- Für die Monate April bis September 2008 werden die bereits gezahlten 2,4 Prozent um 0,6 Prozent aufgestockt (ergibt 3 Prozent Gehaltserhöhung) und ebenfalls als Einmalzahlung zusammengefasst und ausgezahlt.
- Zusätzlich gibt es im September eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro (bis Vergütungsgruppe Vc BAT und Lohngruppe 8a MTArb) und 100 Euro für alle anderen Vergütungsgruppen und die Auszubildenden.

Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Hier hat sich wieder einmal gezeigt, dass nur Tarifverhandlungen zu guten Ergebnissen führen können.

**Wir bleiben am Ball. Im August geht es mit den Gesprächen weiter. Die Gewerkschaft der Polizei ist immer an vorderster Front dabei.**

*Erika Büttner*

**TARIFRUNDE**

<p><b>Angestellter Verg. Gr. Vlb, verh. 1 Kind 39 Jahre</b></p> <p>€ 1.633,58 Grundgehalt                  € 665,60 Ortszuschlag                  € <u>107,44</u> Allg. Zulage                  € 2.406,62 Stand 01.01.2008</p> <p>€ 2.464,39 Stand 01.04.2008                  € 2.479,18 Stand 01.10.2008</p> <p>3 % für Jan., Febr., März 216,60 €                  0,6 % April bis Sept 88,74 €                  Einmalzahlung 150,00 €  <b>455,34 €</b></p>	<p><b>Angestellter Verg.Gr. Vb (Bewährungsaufstieg) verh. 39 Jahre</b></p> <p>€ 1.959,67 Grundgehalt                  € 609,26 Ortszuschlag                  € <u>107,44</u> Allg. Zulage                  € 2.676,37 Stand 01.01.2008</p> <p>€ 2.740,60 Stand 01.04.2008                  € 2.757,04 Stand 01.10.2008</p> <p>3 % für Jan., Febr., März 240,87 €                  0,6 % April bis Sept. 98,64 €                  Einmalzahlung 100,00 €  <b>439,51 €</b></p>
<p><b>Angestellter Verg. Gr. Vb ledig, 39 Jahre</b></p> <p>€ 1.959,67 Grundgehalt                  € 502,36 Ortszuschlag                  € <u>114,60</u> Allg. Zulage                  € 2.576,63 Stand 01.01.2008</p> <p>€ 2.638,47 Stand 01.04.2008                  € 2.654,30 Stand 01.10.2008</p> <p>3 % für Jan., Febr., März 231,90 €                  0,6 % April bis Sept. 94,98 €                  Einmalzahlung 100,00 €  <b>426,88 €</b></p>	<p><b>Angestellter Verg.Gr. VII ledig, 39 Jahre</b></p> <p>€ 1.462,03 Grundgehalt                  € 473,21 Ortszuschlag                  € <u>107,44</u> Allg. Zulage                  € 2.042,68 Stand 01.01.2008</p> <p>€ 2.091,71 Stand 01.04.2008                  € 2.104,26 Stand 01.10.2008</p> <p>3 % für Jan., Febr., März 183,84 €                  0,6 % April bis Sept. 75,30 €                  Einmalzahlung 150,00 €  <b>409,14 €</b></p>

# Uwe Brunnengräber neuer Vizepräsident in Südhessen



Uwe Brunnengräber

Desch neuer Vizepräsident beim Landeskriminalamt (HLKA) wurde. Dafür wechselte Uwe Brunnengräber, leitender Polizeidirektor und Abteilungsleiter beim HLKA, nach Darmstadt und wurde zum Vizepräsidenten ernannt.

Für die Südhessen ist Uwe Brunnengräber kein Unbekannter. Zum einen ist der 51-jährige Brunnengräber ein gebürtiger Lorscher. Zum anderen war er in der Anfangszeit seiner Polizeiaufbahn Streifenbeamter in Lampertheim und später, nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst, Dienstgruppenleiter bei der PAST Lorsch.

Im Jahr 2000 wechselte er ins HMdI, Umorganisation der Polizei, war danach als Leiter der PD Bergstraße wieder in Südhessen und wurde dann 2004 als Projektleiter IZEMA wieder ins HMdI berufen. Mit ihm habe man gut zusammenarbeiten können, habe ich immer wieder, auch von Streifenbeamten gehört. Dass Uwe Brunnengräber jetzt als Vizepräsi-

dent nach Darmstadt gekommen ist, wird deshalb sicher viele Kollegen/-innen freuen. Es sei ihm zu wünschen, dass er seine konsequente Führungsverantwortung, gepaart mit Menschlichkeit, auch in dieser neuen Position wahrnehmen kann. Die GdP wünscht ihm viel Glück.

NW



Das Personalkarussell der hessischen Polizei hat sich wieder einmal gedreht. Herausgekommen ist für Südhessen, dass der seitherige Vizepräsident Roland



# Altes Eisen oder mitten im Leben

Die 42-Stunden-Woche in Bayern solle zurückgenommen werden, wenn die Steuereinnahmen sprudeln, hatte einst Ministerpräsident Edmund Stoiber den bayrischen Kollegen/-innen versprochen. Davon wolle der neue MP Beckstein nichts mehr wissen, erklärte Walter Röhling, Vorsitzender der bayrischen GdP-Senioren, beim Treffen der süddeutschen GdP-Senioren Ende Mai in Erding bei München. Er hatte, gemeinsam mit Ingrid Weinmaier, dieses jährliche Treffen organisiert. Mit eingeladen waren auch die Ehepartner/-innen (auf eigene Kosten), für die ein Einkaufsbummel in München organisiert worden war. Alle gemeinsam besichtigten den historischen Stadtkern von Erding. Dabei erwies sich Ingrid Weinmaier als ausgezeichnete Stadtführerin. Aus Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Bayern (mit Bezirksseniorenvorsitzenden), dem Saarland und vom BKA waren die Vertreter anwesend. Alle Landesvertreter berichteten von ihrer Seniorenarbeit vor Ort, aber auch von aktuellen Problemen. Heraus kam unter anderem, dass es in den Ländern unterschiedliche „Richtlinien“ zur Seniorenarbeit gibt. Die sollten vereinheitlicht werden.

## Senioren sind kein Anhängsel der GdP

In Bayern gibt es Probleme mit der Poliorganisationsstruktur, berichtete Landesvorsitzender Harald Schneider (auch Thüringen hat diese Probleme). Die Seniorenarbeit zeige, dass sich die Ruheständler auch über die aktive Dienstzeit hinaus mit der GdP verbunden fühlten. Das süddeutsche Treffen sei geeignet, Anregungen zu sammeln und die Arbeit vor Ort wieder zu mobilisieren. Er hoffe, dass die Wichtigkeit der Seniorenarbeit auch vom Bundesvorstand erkannt werde.

Arthur Jung, Vorsitzender des Bundesseniorenvorstandes, vertrat die Ansicht, dass die 35 000 Senioren der GdP nicht nur dazu da seien, ihren Beitrag zu bezahlen. Er wies auf die bundesweit durchgeführten Seniorenfahrten hin, auf die leider nicht in allen Ländern geleistete Arbeit nach dem Aktiv-Programm-Senioren (APS) und auf die auf Bundesebene eingerichtete „AG Betreutes Wohnen“.

Ingrid Weinmaier, die sich in Bayern um die Rentner/-innen kümmert, mahnte, dass man Austritte von Ruheständlern verhin-

dern müsse, da sie sonst nicht wieder aufgenommen werden dürften. Senioren seien kein lästiges Anhängsel der GdP: „Wenn die alle austreten, hat die GdP ein finanzielles Problem.“

## Seminare

### „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Einig waren sich die Teilnehmer des Treffens, das bereits seit zwanzig Jahren an wechselnden Standorten (Ländern) stattfindet, dass die Betreuung der Senioren sehr wichtig sei, dass man aber nicht erst mit der Werbung für Seniorenarbeit beginnen solle, wenn die Mitglieder im Ruhestand seien, sondern lieber schon ab dem 55. Lebensjahr. Man müsse die Kollegen/-innen langsam an den Ruhestand heranführen. Sehr wichtig seien dabei die in den meisten Ländern durchgeführten Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“, zu dem die Partner/-innen immer mit eingeladen werden sollten. Wichtig sei es, „vor Ort“ Spezialisten zu haben für verschiedene Themenbereiche, z. B. für Beihilfe, für Kranken- oder Pflegeversicherung.

dem Auto zu interessanten Veranstaltungen zu kommen. Das Problem sei allerdings in einigen Bereichen die Kommunikation. Langfristig geplante Veranstaltungen könne man in Kurzform im Landesteil von „Deutsche Polizei“ veröffentlichen. Immer mehr Senioren/-innen hätten aber auch eine E-Mail-Adresse. Das sei die schnellste und preiswerteste Informationsmöglichkeit. Auf Kreisgruppenebene müsse es möglich sein, wenigstens einmal im Jahr eine Senioren-Info allen Ruheständlern zukommen zu lassen. Es sei gut, wenn die Landesseniorenvorstände einen eigenen Haushalt hätten. Leider sei die Homepage in den einzelnen Bundesländern oder bei den Bezirksgruppen (BW hat keine Bezirksgruppen) nicht überall gut aufgestellt. Dort könne man auch über Seniorenarbeit informieren.

## Senioren stehen noch „Mitten im Leben“

Eifrig diskutiert wurde das Motto dieses Treffens: „**Altes Eisen oder mitten im Leben**“. Sehr viele Senioren stünden mit-

ten im Leben und seien bereit, sich auf den unterschiedlichsten Feldern zu engagieren. Man dürfe sich nicht als „Schmarotzergeneration“ hinstellen lassen. Von einem „Krieg der Generationen“ könne auch keine Rede sein. Immer mehr zeige sich, dass Alt und Jung sehr gut zusammenarbeiteten, nicht



Die Teilnehmer/-innen des süddeutschen Treffens der GdP-Senioren beim Stadtrundgang in Erding. Foto: nw

## Senioren-Netzwerke knüpfen

Austritte von Senioren müssten dem Landesseniorenvorstand gemeldet werden, damit er sich darum kümmern könne. Deutlich wurde auch, dass die Seniorenarbeit dort am besten sei, wo es ein Netz von Vertrauensleuten gebe, wo ein bis zwei Leute wirklich in den Kreisgruppen aktiv seien. Da gebe es dann Aktivitäten, selbst wenn es bei Flächenkreisen etwas problematischer sei. Die Senioren/-innen seien oft noch in der Lage und willens, auf eigene Kosten mit

nur bei der Jungen Gruppe mit den GdP-Senioren. Ältere Menschen seien ein Wirtschaftsfaktor. Das hätten Mode, Touristik und Versicherungen längst erkannt und sich den Markt erschlossen. Man dürfe aber nicht übersehen, dass für künftige Generationen mit einer zunehmenden Altersarmut zu rechnen sei. Statt staatliche Renten und Pensionen sicherer zu machen, sollen immer mehr Menschen privat vorsorgen und das, obwohl immer mehr nicht soviel Geld verdienen, dass sie sich eine solche Vorsorge leisten können.



# GdP zeigt auf, wo bei der Polizei nachgebessert werden muss

**Im Vorfeld der Verabschiedung des Landeshaushaltes gilt es, rechtzeitig Pflöcke einzuschlagen. Dies tut die GdP seit Jahren, indem sie Forderungen zum Landeshaushalt rechtzeitig und umfassend kommuniziert.**

Die hessische Sicherheitsarchitektur der Landesregierung wird mit Blick auf das zur Verfügung stehende Personal scheitern. Die erfolgten Stellenstreichungen und Umwidmungen machen deutlich, dass das Diktat der Einsparung, nicht zuletzt durch die Operation „Sichere Zukunft“, auch im Bereich der inneren Sicherheit voll durchschlägt.

Dieser leidet wie viele andere Bereiche des öffentlichen Dienstes an einer unzureichenden Personalausstattung. Stellenstreichungen und Umwidmungen haben dazu geführt, dass die in der Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen verpuffen, die Hessen zu einem der sichersten Bundesländer machen sollten.

Über 1000 Planstellen wurden gestrichen und damit auch das Personal an den Basisdienststellen entzogen. Mit der Folge, dass die Personalknappheit den täglichen Dienstalltag bestimmt. Innenminister Bouffier beziffert selbst in einem Schreiben die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Wochenstunden mit rund 580 Planstellen.

## Spürbare Folgen

Als Folge des Personalabbaus wurden Polizeidienststellen geschlossen und mit anderen zusammengelegt. Aufgrund von Platzmangel haben zusammengelegte

Dienststellen dabei zum Teil nicht mehr den Voraussetzungen des Arbeitsschutzes entsprochen. Darüber hinaus wird die Erreichbarkeit der Polizei vor Ort, wo Polizeidienststellen zur Nachtzeit geschlossen sind, deutlich eingeschränkt.

Eingesparte Mittel fließen zurück an den Finanzminister, ganz gleich, wie die individuellen Handlungsspielräume der Polizeibehörden und -einrichtungen aussehen. Höhergruppierungen im Tarifbereich sind kaum möglich, und im Beamtenbereich werden die zur Verfügung stehenden Beförderungsmöglichkeiten bei weitem nicht voll ausgeschöpft. Die Folgen hiervon sind bei den Beschäftigten spürbar und verständlich: **Steigende Perspektivlosigkeit und Demotivation beherrschen den polizeilichen beruflichen Alltag.**

## Tarifpolitisches Gezerre:

Durch den mit dem Hessischen Beamtentbund als Partner vereinbarten Beschluss der Landesregierung vom 15. 5. 2007 werden die Beamten des Landes auch weiterhin schlechtergestellt als die Tarifbeschäftigten. Die Beibehaltung der 42-Stunden-Woche ist vor dem Hintergrund der andauernd steigenden Arbeitsbelastung gerade im Polizeidienst bei gleichzeitigem Personalabbau inakzeptabel. Es ist inakzeptabel, dass die Landesbediensteten in Hessen schlechtergestellt werden sollen, als die Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

Die Rückkehr zu einer Wochenarbeitszeit von unter 40 Wochenstunden ist vor dem Hintergrund der andauernd steigenden Arbeitsbelastung gerade im Polizeidienst unabdingbar.

**Bereits im Juni 2007 wurden annähernd 2,5 Millionen Überstunden bei der Polizei geleistet.**

Der Stellenabbau im Bereich der Tarifbeschäftigten der hessischen Polizei – von 1999 bis 2008 rund 1670 Stellen – hat zu einer Aufgabenverschiebung der polizeilichen Tätigkeiten geführt. Tätigkeiten, die Tarifbeschäftigte ausgeübt haben, müssen durch Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wahrgenommen werden. Das politische Konzept der Landesregierung, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, wird alleine in diesem Be-

reich ad absurdum geführt. Dies kritisiert auch der Hessische Landesrechnungshof im unlängst veröffentlichten Jahresbericht.

## Hessens Polizeibeschäftigte werden immer älter

Ein Faktor, der bei der Einstellungspolitik der Landesregierung zu beachten ist, ist die demografische Entwicklung der Polizei. Wenn nicht gehandelt wird, ist in zehn Jahren nur noch jeder dritte Polizist unter 40 Jahre alt! 26 Prozent der 14.600 hessischen Polizisten/-innen sind bereits jetzt 50 Jahre und älter. Dieser Anteil wird sich bis zum Jahr 2016 auf 36 Prozent erhöhen. Mehr als die Hälfte, nämlich 56 Prozent, sind bereits heute über 40 Jahre alt.

## Beamtenpolitik

Im Gegensatz zu den Bediensteten der hessischen Landesverwaltung dürfen die Polizeivollzugsbeamten/-innen nicht an der Altersteilzeit teilnehmen. Der DGB Hessen spricht sich nachdrücklich dafür aus, die Inanspruchnahme der Altersteilzeit auch für Polizeivollzugsbeschäftigte zu ermöglichen.

## Keine

## Lebensarbeitszeitverlängerung

Dem Vorhaben, durch eine mögliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit entsprechende Stellen zu kompensieren, wird an dieser Stelle eine deutliche Absage erteilt. Geprägt durch gefahren geneigte Tätigkeiten und darüber hinaus die gesundheitsschädlichen Schichtdiensttätigkeiten im Bereich der hessischen Polizei muss die derzeit gültige gesetzliche Altersgrenze unangetastet bleiben.

Hessens Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine qualifizierte Dienstleistung, die im Bereich der öffentlichen Sicherheit unverzichtbar ist. Die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes bedeutet einen deutlichen Qualitätsverlust. Eine professionelle Dienstleistung kann nur von qualifizierten Polizeibeamtinnen/-beamten erbracht werden. Zudem ist der Versuch der

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 6

## Kritik an DGB-Seniorenarbeit

Kritik geübt wurde am Senioren-Eckpunktpapier des DGB. Hier habe man den Eindruck, auch bei einigen Industrieergewerkschaften, dass die Senioren das fünfte Rad am Wagen seien. Auch die Seniorenbeiräte auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene könnten nicht so arbeiten (Thüringen scheint eine Ausnahme zu sein), wie das notwendig wäre. **Norbert Weinbach**



Fortsetzung von Seite 7

flächendeckenden Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes nicht gelungen. Einige Kommunen haben ihn bereits wieder abgeschafft. Derzeit sind rund 700 Freiwillige Polizeihelfer in den Kommunen tätig.

**Funktechnische Steinzeit**

Die hessische Polizei arbeitet noch immer mit der veralteten analogen Technik. Deshalb fordern wir wie in den vergangenen Jahren, dass die Einführung des Digitalfunks schnellstmöglich vorangetrieben werden muss. Insbesondere zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des organisierten Verbrechens, aber auch bei Großeinsatzlagen muss die digitale Technik verfügbar sein.

**Fahrzeugbeschaffung und Wartung**

Der Fuhrpark der hessischen Polizei muss einer kontinuierlichen Erneuerung unterzogen werden. Dienstkraftfahrzeuge sind Arbeitsplätze, die besonderen Kriterien im Sinne des Arbeitsschutzes unterliegen. Daher sind die Ersatzbeschaffungen innovativ voranzutreiben und neue Techniken zu nutzen.

Die Schließungen der polizeieigenen Kraftfahrzeugwerkstätten haben sich insbesondere dort, wo die Dienstkraftfahrzeuge nicht mehr den Garantiebestimmungen unterliegen, nicht bewährt. Erhebliche Mehrkosten bei der Wartung der Fahrzeuge schlagen sich negativ auf die Budgets der Polizeibehörden und -einrichtungen nieder. **Das Prinzip „Outsourcing“ ist gescheitert.**

*Jens Mohrherr*

**ES VERSTARBEN**

**Karl Hill**  
Kreisgruppe Vogelsberg  
**Peter Eberle**  
**Fritz Viel**  
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.  
**Friedrich Domeier**  
Kreisgruppe Kassel  
**Adele Herrmann**  
Kreisgruppe Limburg/Weilburg  
**Margit Wojnowski**  
Kreisgruppe Offenbach

**Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.**

**Jahreshauptversammlung fand reges Interesse**

**Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Büdingen in die Gaststätte „Saline“ waren wieder viele Mitglieder gekommen und wurden vom KG-Vorsitzenden Ottfried Würtz begrüßt. Ganz besonders freute er sich über die Anwesenheit des Landesbezirksvorsitzenden Jörg Bruchmüller und des BZG-Vorsitzenden Harald Dobrindt.**

In seinem Jahresbericht ging Ottfried Würtz besonders auf die im letzten Jahr durchgeführten Veranstaltungen der Kreisgruppe ein. Weitere Themen waren die Teilnahme an überregionalen GdP-Veranstaltungen und Kundgebungen. Als weiteren Höhepunkt gewerkschaftlicher Tätigkeiten hob er die erfolgreiche Postkartenaktion der GdP hervor. Im Anschluss an den Jahresbericht erfolgte der Kassenbericht von Monika Ullenberger. Die Kassenprüfer Ernst Lißmann und Erhard Weitzel bescheinigten ihr eine einwandfreie und korrekte Kassenführung. Nach dem Bericht wurden die anstehenden Ehrungen vorgenommen.

Für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft wurden **Hans Weber** und **Wilhelm Landmann** geehrt. Beide Jubilare konnten aus gesundheitlichen bzw. aus dienstlichen Gründen nicht anwesend sein.

Für 50-jährige Mitgliedschaft wurde **Dieter Appel** geehrt.

Im Anschluss referierten der BZG-Vorsitzende Harald Dobrindt und der Landesbezirksvorsitzende Jörg Bruchmüller zu Themen der gewerkschaftspolitischen Si-



**V. l.: KG-Vorsitzender Ottfried Würtz, Dieter Appel (50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum) und Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller.**

tuation in Hessen. Das Verhalten der Landesregierung gegenüber der GdP, die Postkartenaktion sowie die Stellenstreichungen und Arbeitsmehrbelastung waren die Hauptthemen der Berichte. Besonders das schon als „gutsherrenhaft“ und „arrogant“ zu bezeichnende Verhalten unserer Landesregierung führte zu einer sehr angeregten und lebhaften Diskussion.

*Neubauer  
Schriftführer*

**EHRUNGEN**

**25-jähriges  
Gewerkschaftsjubiläum**

**Gunther Auth**  
**Michael Klobuczynski**  
**Andreas Kretschmer**  
**Frank Schmettke**  
**Axel Wagner**  
**Peter Tigges**  
**Thorsten Wicke**  
**Thomas Rininsland**  
Kreisgruppe Kassel  
**Thomas Buttmann**  
**Thomas Fröhlich**  
**Helmut Heine**  
**Volker König**  
**Jörg Petter**  
**Volker Schibat**  
**Karl-Heinz Seibel**  
**Ortwin Staudé**

**Hans-Friedrich Todt**  
**Dirk Virnich**  
Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg

**40-jähriges  
Gewerkschaftsjubiläum**

**Heinrich Stock**  
Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg

**50-jähriges  
Gewerkschaftsjubiläum**

**Horst Schirakowski**  
**Volker Corcilus**  
Kreisgruppe Kassel  
**Horst Friedrich**  
**Willi Krause**  
**Ernst Nitsche**  
Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg

